



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 0 - V - 0 5 - 0 0 2 7**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) Dezernat V

Beschaffung von 10 Brennstoffzellen-Solobussen durch die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
		<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Beschluss Nr. 0283 vom 22.09.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung ESWE Verkehr zum modernen Mobilitätsdienstleister ausgebaut. In der Folge hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0233 vom 29.06.2017 das Ziel des emissionsfreien ÖPNV der ESWE Verkehr auf 4 Säulen zur Kenntnis genommen. Weitere Beschlüsse haben dieses Ziel konkretisiert. Trotz des Rückzugs der Partner der Beschaffungsinitiative aus Mainz und Frankfurt beabsichtigt die ESWE Verkehr an dem Projekt festzuhalten und die europäische Vorgabe von mindestens zehn Fahrzeugen als Fördermittelvoraussetzung zu erfüllen. Hierfür ist die Aufstockung von ursprünglich vier um weitere sechs Brennstoffzellenbusse bei ESWE Verkehr erforderlich.

Anlagen:

- Beschluss Nr. 0283 vom 22.09.2016 (ESWE-Verkehr zum modernen Mobilitätsdienstleister umbauen)
- Beschluss Nr. 0233 vom 29.06.2017 (Emissionsfreier ÖPNV Wiesbaden)
- Beschluss Nr. 0406 vom 16.11.2017 (Projektstudie Emissionsfreier ÖPNV in Wiesbaden)
- Beschluss Nr. 0510 vom 21.12.2017 (ÖPNV-Finanzierung)
- Beschluss Nr. 0379 vom 06.09.2018 (Sofortpaket für den Luftreinhalteplan zur Abwendung eines Dieselfahrverbots für die Landeshauptstadt Wiesbaden)
- Beschluss Nr. 0006 vom 14.02.2019 (Bereitstellung der Infrastruktur für den emissionsfreien ÖPNV)
- Beschluss Nr. 0134 vom 23.05.2019 (Beschaffung von batterieelektrischen und wasserstoffbetriebenen Bussen durch ESWE Verkehr)

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH gemäß Sitzungsvorlage 19-V-05-0008 sowie dem Stadtverordnetenbeschluss Nr. 0134 vom 23.05.2019 (Beschaffung von batterieelektrischen und wasserstoffbetriebenen Bussen durch ESWE Verkehr) das Ziel des Emissionsfreien ÖPNV weiter vorantreibt.

2. Es wird beschlossen

die Beschaffung sechs weiterer Brennstoffzellenbusse zur Aufstockung auf insgesamt zehn Brennstoffzellen-Solofahrzeuge durch die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH umzusetzen, um die bereits beschiedenen Fördermittel der EU und des Bundes in Anspruch zu nehmen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Der zukünftige Einsatz von Brennstoffzellenbussen ist ein zentrales Projekt des emissionsfreien ÖPNV in Wiesbaden. Mit Unterstützung durch das europäische Förderprojekt JIVE 1 und eine komplementäre Förderung durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur,

wurde das "H2-Bus Rhein-Main" Projekt initiiert. Ziel des Projektes ist es, regional aus Windkraft erzeugten Wasserstoff in emissionsfreien Brennstoffzellenbussen im ÖPNV der Landeshauptstadt Wiesbaden zu nutzen. Mindestanforderung seitens der EU zur Teilnahme an JIVE ist eine Anzahl von 10 Fahrzeugen pro Projekt.

Die Beschaffungsinitiative aus Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH (VMW), Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG), In-der-City-Bus GmbH, TraffiQ - Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH Frankfurt am Main und ESWE Verkehr (Projekt "H2-Bus Rhein-Main) hat nach Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zur Lieferung von Brennstoffzellenbussen den Zuschlag an die ebe Europa GmbH über die Lieferung von elf Brennstoffzellenbussen erteilt. Aufgrund von Lieferverzug musste der Vertrag im vierten Quartal 2019 aufgelöst werden.

Nach Kontaktaufnahme mit den Fördermittelgebern des Bundes und der EU konnte eine Verlängerung des Förderzeitraumes ausgehandelt werden, um das Projekt trotz gescheiterter Busbeschaffung innerhalb des Konsortiums neu aufzustellen. Die Projektpartner aus Frankfurt und Mainz haben sich aufgrund mangelnder Unterstützung aus dem Projekt zurückgezogen und verzichten damit vollständig auf die Fördermittel des Bundes und der EU.

ESWE Verkehr verfolgt in Anbetracht der bereits realisierten Wasserstoffinfrastruktur sowie unter Berücksichtigung aktueller Beschaffungsmöglichkeiten und bestehender Förderrichtlinien weiterhin das Ziel der sukzessiven Umsetzung eines emissionsfreien ÖPNV für Wiesbaden.

Ein Antrag auf die Übertragung der ursprünglichen Fördermittel aus dem Gemeinschaftsprojekt auf ESWE Verkehr wurde von Bund und EU positiv beschieden. Demnach muss eine Bestellung von mindestens zehn Brennstoffzellenfahrzeugen bis spätestens Ende September 2020 und eine Inbetriebnahme der Fahrzeuge bis Ende Dezember 2021 sichergestellt werden. In Anbetracht des ambitionierten Zeitplans hat ESWE Verkehr eine europäische Ausschreibung vorbehaltlich der Gremienbeschlüsse gestartet und im Gegensatz zur vorherigen Ausschreibung mehr als ein Angebot erhalten. Dies ist eine Chance, die höchstmöglichen Förderungen zu erzielen, welche in Zukunft sicherlich nicht mehr realisiert werden können.

Der Einsatz von Wasserstoff in den sechs zusätzlichen Brennstoffzellenbussen bietet sich vor allem für ESWE Verkehr an, da mit der Inbetriebnahme der von den Ländern Hessen und Rheinland Pfalz zu gleichen Teilen geförderten Wasserstofftankstelle auf dem eigenen Betriebshof bereits ein zentraler Schritt zum Aufbau einer H2-Infrastruktur getätigt wurde und von den Erfahrungen mit der Brennstoffzellentechnik über die Betriebsgrenze der ESWE Verkehr hinaus profitiert werden kann.

Die Mittel für die 10 Brennstoffzellenbusse sind im bisherigen Wirtschaftsplan 2020/ 2021 unter Berücksichtigung der angestrebten bzw. beantragten Fördersummen enthalten.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

/

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

/

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Bei ausbleibender Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung droht ein Verlust von Fördermitteln in Höhe von knapp 3.600 T€, was die Ziele des emissionsfreien ÖPNV gefährdet.

Wiesbaden, . August 2020

Andreas Kowol
Stadtrat